



# 2011/51 Ausland

<https://jungle.world/artikel/2011/51/burger-verhindern-keinen-krieg>

**Über den globalen Trend zum Frieden**

## **Burger verhindern keinen Krieg**

Von **Jörn Schulz**

**Die Welt wird immer friedlicher. Ja, das ist wirklich so. Die Frage ist nur, ob der Trend anhalten wird.**

Warum die Aufregung über Krieg und Gewalt? Die Welt wird friedlicher und das sogar fast von selbst. Dies zumindest behaupten Autoren wie Steve Pinker (»The Better Angels of Our Nature: Why Violence Has Declined«), Untersuchungen wie der Human Security Report bestätigen es. Große Kriege zwischen Staaten sind eine Rarität geworden, doch auch die Zahl der bewaffneten Konflikte und der Todesopfer sank seit 1990 erheblich. »Der Rückgang der Gewalt könnte die bedeutendste und am wenigstens gewürdigte Entwicklung in der Geschichte unserer Spezies sein«, resümiert Pinker.

Er nennt sozialpsychologische Ursachen für den Trend zum Frieden, vor allem bessere Ausbildung und eine aus ihr folgende höhere Wertschätzung des menschlichen Lebens. Wie die meisten Autoren bezieht er sich zumindest indirekt auf Francis Fukuyama, der Anfang der neunziger Jahre das »Ende der Geschichte« ausrief. Demokratie und Marktwirtschaft hätten ihre Überlegenheit bewiesen, langfristig würden sie und der Wohlstand sich in aller Welt verbreiten und so auch Kriege verhindern.

Die These des Journalisten Thomas Friedman, dass Staaten, in denen es McDonald's-Restaurants gibt, keinen Krieg gegeneinander führen, war jedoch schon falsch, als sie aufgestellt wurde. Nach dem Einmarsch in Panama im Jahr 1989 konnten die US-Soldaten dort ihren gewohnten Big Mac verspeisen, der israelisch-libanesischer Krieg im Jahr 2006 widerlegte die Theorie erneut. Auch grundsätzlichere Zweifel wurden geäußert. So berücksichtigen die Statistiken, die den Trend zum Frieden belegen sollen, nicht alle Opfer.

Morde zur Durchsetzung der Interessen illegal operierender Geschäftsleute etwa werden grundsätzlich nicht als Kriegshandlung gewertet. Deshalb kann Brasilien als friedliches Land gelten, obwohl dort seit 1981 fast 1,1 Millionen Menschen ermordet wurden. Erst wenn ein Drogenhändler auch ideologische Interessen vertritt, wie es unter afghanischen Warlords üblich ist, finden seine Opfer Eingang in die Statistik. Und kann man wirklich von einem »natürlichen Tod« sprechen, wenn ein Kleinkind in Afghanistan an einer Durchfallerkrankung stirbt, die durch die Versorgung mit sauberem Trinkwasser vermeidbar und bei Zugang zu medizinischer Versorgung behandelbar gewesen wäre?

Vor allem aber ist der Trend zum Frieden bislang nur in einer historisch betrachteten sehr kurzen

Periode feststellbar. So konstatiert der neueste Human Security Report eine Umkehrung: »Die Zukunft könnte den Jahren des Kalten Kriegs ähneln, als die Zahl der Konflikte sich in vier Jahrzehnten verdreifacht hat.« Nachdem die Finanz- und Wirtschaftskrise bewiesen hat, dass die unsichtbare Hand des Marktes nicht umstandslos immer mehr Wohlstand schafft, wird nun auch ihr segensreiches Wirken in der Geopolitik in Frage gestellt.

»Das haben wir immer schon gewusst« ist jedoch die falsche Antwort. Einen krisen- und kriegsfreien Kapitalismus gibt es nicht, doch Intensität und Auswirkungen von Krisen und Kriegen unterscheiden sich erheblich. Dass nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten die apokalyptischen Vorhersagen vieler Linker (Viertes Reich, Nuklearkriege zwischen den Nachfolgestaaten der UdSSR etc.) nicht eingetroffen sind, sondern zwei vergleichsweise friedliche Jahrzehnte folgten, sollte Anlass zum Nachdenken sein, gerade weil es Anzeichen für eine Umkehrung dieses Trends gibt.

Dass die Ursache von Kriegen und bewaffneten Konflikten in den kapitalistischen Machtverhältnissen zu finden sind, garantiert überdies nicht den Frieden nach deren Überwindung. Denn die Ethnologen sind sich mittlerweile fast einig darüber, dass es den Krieg, wie auch das Patriarchat, bereits vor der Klassengesellschaft gab, beide folglich nicht automatisch mit ihr verschwinden werden.

Es gibt friedliche Gesellschaften, Douglas Fry zählt in seinem Buch »Beyond War: The Human Potential for Peace« 70 von ihnen auf. Genützt hat ihnen die Friedfertigkeit wenig. Sofern sie nicht an von den europäischen Kolonisatoren eingeschleppten Krankheiten starben, wurden sie gesellschaftlich marginalisiert. Viele von ihnen lebten auf Inseln oder in unwirtlichen, abgelegenen Regionen, in die sie vermutlich vor weniger friedlichen Nachbarn geflohen waren. Die meisten Jäger- und Sammlerinnengesellschaften führen jedoch Krieg, und viele fördern gezielt ein extrem kriegerisches Verhalten. Verglichen mit einem traditionsbewussten Yanomami erscheint Donald Rumsfeld wie Gandhi auf Valium. Noch vor wenigen Jahrzehnten stellten Forscher fest, dass bei manchen Gruppen dieses brasilianischen Stammes die Hälfte der Männer bei Kriegshandlungen stirbt. Das ist eine sehr hohe Rate, doch Ethnologen wie Marvin Harris (»Cannibals and Kings: The Origins of Cultures«) schätzen, dass in den meisten Jäger- und Sammlerinnengesellschaften fast ein Drittel der Männer dem Kampf zum Opfer fällt – weitaus mehr als selbst in den Weltkriegen.

Beute spielt im Krieg zwischen fast besitzlosen Gruppen keine Rolle. Dennoch hat auch diese Form des Krieges ökonomische Ursachen. Jäger- und Sammlerinnengesellschaften verbrauchen die Ressourcen ihres Territoriums, wenn zu viele Menschen jagen und sammeln. Ein Krieg erhöht Harris zufolge »die durchschnittliche Distanz zwischen zwei Siedlungen«, es handelt sich also um eine rabiate Methode des Umweltschutzes, die eine Regeneration der natürlichen Ressourcen ermöglicht.

Einen Ausweg bot die Flucht, aber nur, solange auf diesem Planeten noch genügend Platz war, oder der Wechsel zu einer anderen Produktionsweise. In den vorbürgerlichen Klassengesellschaften wurde Krieg vor allem zur Erweiterung des Territoriums, also zur Aneignung eines größeren landwirtschaftlichen Mehrprodukts, hin und wieder aber auch schon um die Kontrolle von Handelswegen geführt. Die kapitalistischen Kolonialkriege folgten noch einem ähnlichen Muster, auch wenn es nun um spezifische Rohstoffe ging. Der »Kalte Krieg« diente dann dem Ziel, den kapitalistischer Verwertung entzogenen Teil der Erde zurückzugewinnen.

Doch der »reale Sozialismus« existiert nicht mehr, und im globalisierten Kapitalismus kann man alles kaufen. Das ist in der Regel billiger, als Soldaten zu schicken, um es zu rauben. Den

konservativsten Schätzungen zufolge hat der Irak-Krieg die USA 700 Milliarden Dollar gekostet, berechnet man die Folgekosten, steigt die Summe auf etwa zwei Billionen Dollar. Und US-Konzerne wurden bei der Vergabe neuer irakischer Förderlizenzen nicht einmal bevorzugt, Exxon erhielt einige Aufträge, ebenso aber auch Petronas (Malaysia) und Lukoil (Russland). Dies bedeutet nicht, dass kapitalistische Interessen keine Rolle spielten. Doch ging es in den Kriegen seit 1991 meist um »Stabilisierung«, also um die Wiederherstellung geregelter Geschäftsbedingungen für alle Marktteilnehmer, im Irak auch um den Erhalt des petromilitärischen Komplexes, des um Saudi-Arabien und die USA aufgebauten Systems zur Kontrolle des Ölpreises, nicht aber um die direkte Aneignung.

Auch die Bedeutung der Rüstungsindustrie ist erheblich gesunken. Deutschland verzeichnete mit etwa zwei Milliarden Euro im vorigen Jahr einen Rekordumsatz bei den Rüstungsexporten, doch sind dies kaum mehr als 0,2 Prozent der Gesamtexporte oder auch knapp 2,5 Prozent des geschätzten Börsenwerts von Facebook. Dennoch will man auf dieses ökonomisch an sich unbedeutende Geschäft um keinen Preis verzichten, offenbar trauen also auch Bourgeoisie und Politiker dem Frieden nicht so recht.

Dass es in einer Epoche, in der es keine ernsthafte politische Herausforderung für den Kapitalismus gab und der Freihandel Kriege um Ressourcen überflüssig machte, etwas weniger kriegerisch zugeht, ist also kein Wunder. Man müsste eher umgekehrt sagen: Selbst unter den günstigsten denkbaren Bedingungen schafft der Kapitalismus keinen Frieden. Und die Bedingungen werden wahrscheinlich ungünstiger. Die Islamisten können die nach dem Verfall des Stalinismus entstandene Lücke zwar nicht füllen, denn sie lehnen die Demokratie, nicht aber Lohnarbeit und Warenproduktion ab. Man kann mit ihnen ins Geschäft kommen, wenn sie sich an die elementaren Regeln des globalen Kapitalverkehrs und der internationalen Diplomatie halten.

Doch in der Geschichte des Kapitalismus folgten Perioden des Freihandels und des Protektionismus aufeinander, und die Krise könnte die Ära des Freihandels beenden. Da zudem viele Rohstoffe knapper werden und die Nachfrage wegen der Industrialisierung vieler Staaten steigt, könnte die Kriegsgefahr wachsen. Dass Panzer über die Grenzen rollen müssen, wenn die Waren nicht passieren können, wie Hitler es einst formulierte, ist jedoch nicht die zwangsläufige Folge ökonomischer Entwicklungen. Auf die von Pinker angeführte höhere Wertschätzung des menschlichen Lebens sollte man sich allerdings nicht verlassen. »Die offensten Momente der Geschichte«, schrieb Marvin Harris, »sind jene, in denen eine Produktionsweise ihre Wachstumsgrenzen erreicht und durch eine neue Produktionsweise ersetzt werden muss. Wir nähern uns schnell einem solchen Moment.« Seine Forschungsergebnisse belegen jedoch auch, dass eine klassenlose nicht notwendigerweise eine friedliche Gesellschaft ist. Auch der Sozialismus ist nicht das »Ende der Geschichte«, bietet aber die in Jäger- und Sammlerinnengesellschaften nicht vorhandene Möglichkeit, die gesellschaftliche Entwicklung rational und humanistisch zu gestalten.